



# Mittelschwarzer Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung  
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad  
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis monatlich 1,20 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Vertriebe monatlich 1,60 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Direktions-Rt. 50 bei der Oberamtskanzlei Ravensburg Zwillingstraße Wildbad. — Bankkonto: Enzthalbank & Co., Wildbad; Wechselbank Gemeindefond Wildbad. — Postfachkonto 201 74 Stuttgart. Anzeigenpreise: Im Anzeigenteil bis einseitige 16 mm breite Millimeterzeile 1 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellengesuche 8 Pf.; im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 12 Pf. — Rabatt nach vorhergebrachtem Tarif. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontostellen oder wenn gerichtliche Beilegung notwendig wird, kann jede Nachlassnahme weg. Druck, Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 28, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

## Spiel in Genf

Die Tagung des Völkerrundrates und des Büros der Abrüstungskonferenz

Von Legationstrat Dr. Schwendemann.

In Genf tritt am 21. ds. Mts. der Völkerrundrat zu einer außerordentlichen Tagung und am 20. das Büro der Abrüstungskonferenz zusammen. Der Völkerrundrat sollte sich ursprünglich nur mit der weiteren Vorbereitung der Saarabstimmung beschäftigen. Nunmehr ist auch der Chaco-Konflikt auf die Tagesordnung gesetzt worden, und schließlich auch das Marzeiller Attentat durch den Antrag Südslawiens.

Bei der Beschäftigung mit dem Chaco-Konflikt wird der Völkerrundrat schwerlich etwas anderes zulage fördern als einen neuen Beweis seiner Unfähigkeit, diesen Konflikt zu beendigen.

Was die Saarfrage angeht, so hat sich das Dreier-Komitee des Völkerrundrates, dessen Vorsitz bekanntlich der Italiener Aloisi führt, in letzter Zeit mit den durch das Saar-Memorandum Barthous aufgeworfenen Fragen beschäftigt. Barthous Memorandum hatte in erster Linie den Zweck, die bevorstehende Saarabstimmung im französischen Sinne, d. h. im Sinne der Abtretung für den Status quo zu beeinflussen, einmal dadurch, daß der Weg zu einer eventuellen zweiten Abstimmung frei gemacht und die Emigrantenkreise in jeder Weise gestützt wurden, zum anderen durch Aufwerfung möglichst zahlreicher Fragen, deren Erledigung erst nach der Abstimmung zu erfolgen hat. Es ist mühsig, auf diese Fragen im einzelnen einzugehen. Wesentlich ist festzustellen, daß es die Möglichkeit einer zweiten Abstimmung im Saargebiet nach den Versailler Vertragsbestimmungen nicht gibt, daß sie auch nicht geschaffen werden kann, daß der 13. Januar 1935 sich unerträglich nähert, und daß die klare Fragestellung, für oder gegen die Rückkehr zu Deutschland, deren Beantwortung bei dem treudeutschen Charakter der Saarbevölkerung über jeden Zweifel erhaben ist, durch feinerlei Machenschaften verunklärt werden kann.

Der Völkerrundrat wird sich deshalb vor einer eindeutigen Situation befinden. Die Verantwortung seiner Mitglieder besteht nur darin, dieser Situation Rechnung zu tragen und den wohl sicher zu erwartenden Bemühungen, sie zu verjähren, nicht entgegenzukommen. Das Memorandum Barthous läuft darauf hinaus, aus dem Saargebiet ein unter Völkerrundrats-Herrschaft stehendes Schutzgebiet für Emigranten und einen Anruheherd für gefährliche Kommunisten-Umtriebe zu machen, in dem sich nicht nur deutsche, sondern Emigranten verschiedener Nationalität und Sendboten des Umsturzes aus aller Welt versammeln würden, ja heute schon versammelt haben. Wenn der Völkerrundrat tatsächlich mit den politischen Hintergründen des Marzeiller Attentats beschäftigt werden sollte, so würde ihm das einen besonders deutlichen Maßstab für die Beurteilung der Gefährlichkeit der französischen Bestrebungen geben können, das Saargebiet zu einer Sammelstelle des internationalen Emigrantentums zu machen.

Aber abgesehen von solcherlei Verantwortung wird das politisch entscheidende Gremium des Völkerrundrates einfach vor der Frage stehen, ob es sich für eine verlorene, für den europäischen Frieden gefährliche Sache einsetzen will oder ob es den politischen Tatsachen, wie sie nun einmal sind, Rechnung tragen und Entscheidungen fällen will, die im Sinne der natürlichen und logischen Entwicklung liegen.

Das Büro der Abrüstungskonferenz wird sich am 20. ds. Mts. mit einer Mitteilung des Präsidenten der Abrüstungskonferenz Henderson zu befassen haben, die dieser am 5. ds. Mts. an die Mitglieder des Büros der Konferenz gerichtet hat. Henderson knüpft darin an die letzten Verhandlungen der Abrüstungskonferenz Ende Juni an und führt aus, die Abrüstungskonferenz müsse einen neuen Weg einschlagen. Bisher habe die Konferenz auf das Zustandekommen eines umfassenden Abkommens zur Verminderung und Begrenzung der Rüstungen hingearbeitet. Angesichts der gegenwärtigen Lage müsse man sich fragen, ob man diesen Weg weiter verfolgen wolle. Richtiger sei es wohl, über diejenigen Fragen, die von der Konferenz schon so weit gefördert worden seien, daß man sie zum Abschluß bringen könne, einzelne Protokolle auszuarbeiten, die dann unabhängig voneinander in Kraft gesetzt werden könnten. Als solche Fragen, die reif zum Abschluß seien, bezeichnet Henderson die Reglementierung von Waffenherstellung und Waffenhandel, die Frage der Publizität der Rüstungsausgaben und der Einsetzung einer Ständigen Abrüstungskommission.

Der Vorschlag Hendersons läuft also darauf hinaus, die Lösung von Einzelfragen anzustreben, nachdem eine Gesamtlösung der Rüstungsfrage sich, in erster Linie wegen der Haltung Frankreichs, als unmöglich erwiesen hat. Die Abrüstungskonferenz soll als solche nach Hendersons Absicht erhalten bleiben, und die Einsetzung einer Ständigen Abrüstungskommission würde erst recht die Möglichkeit dazu bieten.

Schon auf der Tagung der Abrüstungskonferenz Ende Mai, Anfang Juni und erneut auf der Völkerrundrats-

## Tagespiegel.

Der Bauerntag in Goslar fand am Sonntag mit großen Veranstaltungen seinen Höhepunkt und Abschluß.

In Berlin wurde am Samstag der Reichspressestag mit einem Empfang bei Reichsminister Dr. Goebbels eröffnet.

Die Steuerfreiheit für Erbschaftsbeschlüssen von Gegenständen des Gewerbes und der Landwirtschaft ist bis 31. März 1935 verlängert worden.

In Rom fanden die ersten Besprechungen zwischen Mussolini und Schuschnigg statt, die am Montag und Dienstag fortgesetzt werden.

Die Völkerrundratsversammlung, die am 21. November beginnen sollte, ist um einige Tage verschoben worden, da der Saarausschuss in Rom seine Arbeiten noch nicht abgeschlossen hat.

Jammlung Ende September ds. Js. ist eine den Absichten Hendersons entgegengesetzte Tendenz sichtbar geworden. Litwinow hat im Einverständnis mit den Franzosen einen Vorstoß gemacht, der bezweckte, den Bankrott der Abrüstungskonferenz zu erklären und die Schuld dafür Deutschlands Anspruch auf Gleichberechtigung zuzuschreiben. Die Franzosen haben die Abrüstungskonferenz nie geliebt. Als höchstgerichtetes Land befristete Frankreich bei einem positiven Ausgang der Konferenz eine Verminderung seiner Rüstungen. Eine formelle Beendigung der Abrüstungskonferenz würde die Franzosen endgültig dieser Sorge entheben. Wenn für das Scheitern der Konferenz Deutschland verantwortlich zu machen wäre, so würde dies für die französische Politik mancherlei Möglichkeiten eröffnen.

Es wird allgemein damit gerechnet, daß Litwinow auf der Völkerrundratsversammlung am 20. ds. Mts. auf seine schon zweimal erfolglos gebliebene Initiative zurückkommt und dabei die Unterstützung Frankreichs findet. Die Frage, formelle Beendigung oder Fortdauer der Abrüstungskonferenz wird also zur Entscheidung stehen. Deutschland kann den Verlauf des Streites gelassen mitansehen. Wenn die Konferenz fortbauert, was das wahrscheinlichere ist und wenigstens den Weg zu einer späteren Verständigung in der Rüstungsfrage offen lassen würde, wird sich an der Haltung Deutschlands ihr gegenüber nichts ändern. Der deutsche Standpunkt ist nach wie vor derselbe: Solange noch von irgend einer Seite Einwendungen gegen unsere Gleichberechtigung erhoben werden, nehmen wir an internationalen Verhandlungen über die Rüstungsfrage nicht teil. Ob und wenn man in Frankreich den Mut findet, die Tatsachen zu sehen wie sie sind, und sich ihnen nicht mehr entgegenstellt, können wir in Ruhe abwarten.

## Südslawien klagt in Genf

Paris, 17. Nov. Der ständige Vertreter Südslawiens beim Völkerrundrat, Potitsch, und der südslawische Gesandte haben den französischen Außenminister davon in Kenntnis gesetzt, daß Südslawien beim Völkerrundrat eine Unternehmung über die Ermordung König Alexanders beantragen werde.

„Information“ rechnet damit, daß wegen der starken Belastung der bevorstehenden Völkerrundratsversammlung und der Unvollständigkeit der südslawischen attemmäßigen Unterlagen die Angelegenheit wahrscheinlich erst auf der Januar-Tagung des Völkerrundrates zur Behandlung kommen wird.

Die französische Presse ist in der Beurteilung des südslawischen Schrittes sehr zurückhaltend. Einige Blätter vertreten jedoch den Standpunkt, daß Frankreich nicht umhin könne, jenen zu helfen, die Klarheit in diese Angelegenheit bringen möchten, so daß Frankreichs Vertreter sich darauf vorbereiten müßten, an einer Aussprache teilzunehmen. Der Pariser „Soir“ schreibt, zweifellos werde die Aussprache über die südslawische Denkschrift lebhaft und leidenschaftlich sein, aber die Ansicht, die Belgrad bisher bewiesen habe, und die beschwichtigende Atmosphäre von Genf gefalteten die Hoffnung, daß man die von der Gerechtigkeit geforderte Festigkeit mit der Mäßigung in Einklang bringen könne, die für die friedliche Entwicklung der internationalen Beziehungen notwendig sei.

## Frankreich flüht Belgrads Schritte in Genf

Belgrad, 17. Nov. Die „Politika“ berichtet aus Paris, man könne nunmehr sagen, daß Frankreich die südslawische Denkschrift zum Marzeiller Königsmord bedingungslos unterstützen werde, obwohl eine amtliche Äußerung darüber noch nicht vorliegt. Das Blatt gibt jedoch eine Unterredung mit einem der nächsten Mitarbeiter Vapols wieder, der sich u. a. über den beabsichtigten Schritt Südslawiens in Genf folgendermaßen äußerte: Wie in der mitteleuropäischen Politik steht Frankreich auch in dieser Frage hinter der Kleinen Entente. Frankreich ist sich der Verantwortung bewußt, die auch auf Paris infolge des Marzeiller Anschlages fällt. Es handelt sich hier nicht nur um Südslawiens,

sondern ebenso sehr auch um die Ehre Frankreichs. Wir verstehen vollständig den unerschütterlichen Wunsch Belgrads, die Hintergründe des Anschlages zu durchleuchten und glauben, daß Südslawien Anspruch auf eine rechtliche Genugtuung hat. Frankreich wünscht einzig und allein, daß in dieser Frage keine Gegenläufe zwischen Südslawien und gewissen Nachbarstaaten ausgelöst werden, mit denen Belgrad gute Beziehungen herstellen könnte. Welchen Verlauf die Aussprache vor dem Völkerrundrat nehmen wird, läßt sich jetzt allerdings noch nicht sagen. Es scheint aber sicher zu sein, daß es zu einer Erörterung der Einzelheiten der Denkschrift während dieser Tagung nicht kommen wird, sondern daß die Aussprache erst in der nächsten Sitzung des Völkerrundrates vorgenommen werden soll.

## Die franz. Presse und der südslawische Schritt in Genf

Paris, 17. Nov. Nach der Presse hat es den Anschein, daß sich Frankreich voll und ganz hinter Südslawien stellt, nachdem Belgrad beschlossen hat, die Hintergründe des Anschlages auf König Alexander in Marseille durch den Völkerrundrat ermitteln zu lassen. Man möchte Südslawien von Paris aus allerdings zu einer gewissen Mäßigung raten und glaubt auch hier, daß die Belgrader Regierung davon absehen wird, in Genf direkt irgend welche Regierungen zur Verantwortung zu ziehen. Das „Echo de Paris“ berichtet, die Note der Belgrader Regierung an den Generalsekretär des Völkerrundrates werde durch eine tschechoslowakische und rumänische Note unterstützt werden, die die Einigkeit der Staaten der Kleinen Entente bekräftigen. Es sei noch unentschieden, ob dann auf Grund des Artikels 11 der Völkerrundratscharta der Dringlichkeitsantrag gestellt werde. Die Kleine Entente wolle jedoch keinen Ausschub. Das „Echo de Paris“ macht sich dann zum Sprachrohr aller in einem Teil der Presse lautgewordenen Anschuldigungen gegen Ungarn, erwähnt das oft genannte Lager von Janka-Pulsta und kommt auf einem gedanklichen Umweg über die Forderung eines „Strafrieges“ auf die unmittelbaren Pläne der Belgrader Regierung in Genf zurück, die es als Mindestmaßnahme bezeichnet. Potitsch habe Laval am Freitag den Sinn des südslawischen Vorgehens erläutert und der französische Außenminister habe das Vorgetragene nur billigen können. Nach einem weiteren Ausschub gegen Ungarn wendet sich das Blatt gegen die Möglichkeit einer Vertuschung der ganzen Angelegenheit, durch die Annahme einer allgemeinen Entschleunigung zur Bekämpfung des Terrors. Auf diese Weise würde dem Schuldigen nur die Wäsche eines möglichen guten Willens umgehängt. Besser sei es, einfach die Wahrheit zu verkünden und im übrigen möglichst bald den Bund derer zu schaffen, die den Frieden wollen.

## Englische Besorgnisse

London, 17. Nov. Nachdem bisher die am 21. November beginnende Ratstagung in Genf für die Londoner Presse ausschließlich im Zeichen der Saarfrage gestanden hat, wird jetzt dem Schritt Südslawiens eine gleich große oder vielleicht noch größere Bedeutung beigemessen. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt, der Beschluß Südslawiens habe in mehr als einer europäischen Hauptstadt ernste Sorge verursacht. Wenn Belgrad seine Absichten bis zu ihrem logischen Ende durchführe, könne man auf eine ernsthafte Verschlechterung der internationalen Lage in Zentraleuropa gefaßt sein. Leider glaube die südslawische Regierung, daß sie auch beträchtliches belastendes Material gegenüber Italien habe. Es müsse erwartet werden, daß der Vertreter Belgrads in Genf behaupten werde, sehr hohe italienische Beamte seien an kroatischen Komplotten beteiligt gewesen, die auf italienischem Gebiet geschmiedet wurden. Frankreich sei durch diese Entwicklung in eine unglückliche Lage geraten. Es habe ernsthaft gewünscht, freundschaftliche Beziehungen zwischen Italien und Südslawien zu fördern. Südslawien habe diese Bemühungen seines Allierten mit ausgesprochenem Mißtrauen beobachtet, und das Verlagen der französischen Polizei in Marseille habe der Unzufriedenheit neue Nahrung gegeben. Deutschland habe diese Lage benützt, um die Bedeutung der Bande hervorzuheben, die das deutsche und das südslawische Volk verknüpfen.

Der Pariser Berichterstatter der „Morningpost“ äußert große Sorge über die Folgen einer Erörterung der südslawischen Angelegenheit in Genf, indem er betont, Italiens Ansehen als Großmacht hänge von seiner Fähigkeit ab, die Demütigung eines seiner kleinen Bundesgenossen zu verhindern. Frankreich wäre es peinlich, wenn das Verlagen der Marzeiller Polizisten vor einer internationalen Körperschaft erörtert würde. Auch würde es verschiedenen Mächten nicht schwer fallen, Altmaterial über die gefährliche Tätigkeit einer der Dutzendgruppen politischer Flüchtlinge in Frankreich vorzulegen. In französischen amtlichen Kreisen erzeuge das Vorgehen Südslawiens daher keine Begeisterung.

## Auch ein ungarischer Schritt beim Völkerrundrat

Budapest, 17. Nov. In gut unterrichteten Kreisen besteht der Eindruck, daß die ungarische Regierung einen Schritt beim Völkerrundrat beabsichtige, um die Aufmerksamkeit des Völkerrundrates auf die Tatsache zu lenken, daß die südslawische Regierung durch die Verfolgung der in den abgetretenen Gebieten lebenden Ungarn die Bestimmungen des Vertrages von Trianon als auch die übernommenen Minderheitenschutzbestimmungen verletzt habe. Man hält es hier jedenfalls für besser, daß, falls die Un-

flawische Regierung den Völkerverbund anruft, die ungarische Regierung unverzüglich einen Schritt beim Völkerverbund unternehmen wird.

In hiesigen politischen Kreisen verstärkt sich der Eindruck, daß der bevorstehende Schritt der südslawischen Regierung beim Völkerverbund sich weniger gegen Ungarn als gegen die italienische Regierung richtet, und daß die Belgrader Regierung durch die Aufrollung der Schuldfrage des Marceller Anschlages die allgemeine Aufmerksamkeit auf eine etwaige Mitverantwortung italienischer Stellen lenken wolle. In gleicher Weise werden die neuesten Massenausweisungen der Ungarn aus Süd-Slawien mit der Haltung der Belgrader Regierung gegenüber der italienischen Regierung in Verbindung gebracht.

### Knox stellt Strafantrag

Saarbrücken, 17. Nov. Der Vorsitzende der Regierungskommission, Knox, hat gegen die Unterzeichner der Eingabe der Deutschen Front vom 13. November 1934 Strafantrag beim Obersten Abstimmungsgericht wegen Beleidigung, Verleumdung und übler Nachrede gestellt, um wieder einmal seine Emigrantenbeamten und die Separatisten zu decken. Die erwähnten Unterzeichner der Eingabe waren Birro, Köchling, Kiefer, Zeschner und Schmelter.

## Das Winterhilfswerk an der Arbeit

Eine Unterredung mit dem Reichsbeauftragten Hilgenfeldt

Berlin, 17. Nov. Der Reichsbeauftragte für das WSW, Reichswalter Hilgenfeldt, empfing einen Vertreter des Deutschen Nachrichtenbüros zu einer Unterredung über die Leistungen und Aufgaben des Winterhilfswerks 1934/35. Reichswalter Hilgenfeldt antwortete auf die an ihn gestellten Fragen dabei u. a. folgendes:

Wir stehen erst im Anfang und können noch keinen vollständigen Ueberblick über die Mittel haben, die uns zur Verfügung stehen werden. Aber ich kann bereits jetzt zusichern, daß wir bis zum 31. Dezember dieses Jahres dieselben Leistungen wie im Vorjahre geben können, wenn die Opferfreudigkeit aller, aber auch aller Bevölkerungskreise weiter so anhält wie bisher.

Die Versorgung mit Kohle ist, bis zu Anfang des neuen Jahres in gleichem Umfange wie im Vorjahre sichergestellt und bei Kartoffeln wird die Zuweisung an die Bedürftigen wahrscheinlich mindestens so groß sein wie im vergangenen Winter.

Nach den neuesten Zahlen sind bisher 5 344 585 Zentner Kartoffeln gespendet worden. Das ist ein sehr günstiges Ergebnis des Reichsnährstandes. Es ist anzuerkennen, daß die Bauern wirklich alles getan haben, was in ihren Kräften stand. Zu den 5,3 Millionen Zentner gespendeten Kartoffeln kommen dann noch rund 7,9 Millionen Zentner, die das Winterhilfswerk angekauft hat, so daß insgesamt bereits jetzt 13,2 Millionen Zentner zur Verfügung stehen. Davon sind etwa 10 Millionen Zentner als Eisenbahnfracht im Rahmen der Kartoffel-Mobilisierung im Reich an die Bedarfsorte transportiert worden.

Diesmal war die Verteilung der Kartoffeln außerordentlich schwierig, denn wir hatten nur wenig Zeit zur Verfügung, da aus technischen Gründen das Winterhilfswerk später als im vergangenen Jahre eröffnet werden war. Nur der Fachmann kann voll und ganz würdigen, was bei der Verteilung der riesigen Kartoffelmengen geleistet werden mußte. Stellen Sie sich vor, daß rund 60 000 Waggons mit Kartoffeln beladen in Deutschland verteilt werden mußten.

Der erste Eintopfsontag am 14. Oktober hat ein durchaus zufriedenstellendes Ergebnis gebracht. Sein Ertrag beläuft sich auf 4 438 540 RM. Der Durchschnittsertrag der Eintopfsontage im Winter 1933/34 war 4 180 000 RM. Das Ergebnis vom 14. Oktober liegt also über dem Durchschnitt des vergangenen Jahres. Wenn man den riesigen Umfang des Winterhilfswerkes bedenkt, — im Winter 1933/34 sind Werte von insgesamt 350 Millionen RM. durch das Winterhilfswerk gegangen — dann sind die wenigen Fälle von Mißbräuchen verhältnismäßig gering, in Prozentzahlen kaum ersichtbar. Diese paar Unregelmäßigkeiten haben keine Bedeutung. Man muß daran denken, das Winterhilfswerk im letzten Jahr 4,1 Millionen Helfer und Helferinnen hatte und in diesem Jahre wird ihre Zahl nicht geringer sein. Es ist ein sehr gutes Zeugnis, daß so wenig vorgekommen ist. In jedem lauberen Handelsunternehmen können die Verhältnisse nicht besser sein.

Zu Weihnachten wird, wie im Vorjahr, wieder eine besondere Beisehung veranstaltet. Allerdings werden wir ganz bewußt diesmal die Weihnachtsbeisehungen in die Familie hineinverlegen. In diesem Winter werden zum Winterhilfswerk Massenbeisehungen nicht veranstaltet. Nur die Eltern werden

die Gaben erhalten. Wir werden die Kinder auch nicht von uns aus unmittelbar beisehen. So wird die Familie, der der nationalsozialistische Staat alle nur mögliche Unterstützung gewähren wird, auch von uns diesmal in den Mittelpunkt der Weihnachtsbeisehung gestellt.

Zum Schluß hob Reichswalter Hilgenfeldt noch die wichtige Rolle hervor, die das Winterhilfswerk als Arbeitsbeschaffung bei der Herstellung der monatlichen Anstehenden und Platten spielt.

## Deutscher Bauerntag

Goslar, 18. Nov. Im großen Saal der Kaiserpfalz fand die feierliche Vereidigung aller Mitglieder des Reichsbauernrats und des nationalsozialistischen Führerkorps im Reichsnährstand auf den Führer Adolf Hitler statt. Sodann hatte der Magistrat der Stadt Goslar für den Reichsbauernrat einen feierlichen Empfang veranstaltet. Dem Reichsbauernführer wurde der Ehrenbürgerbrief der Stadt Goslar überreicht. Der Reichsbauernführer empfing die in Goslar weilenden Bauernführer der auswärtigen Staaten sowie den Vertreter des internationalen Arbeitsamtes in Genf. In einer Ansprache erklärte Darre, das Bauerntum sei einer der ersten Garantien des europäischen Friedens.

### Rede des Stellvertreters des Führers

Zu Beginn des festlichen Abends „Deutsches Bauerntum“ überbrachte Rudolf Heß, der Stellvertreter des Führers, dessen Grüße und richtete dann an die Versammelten eine Ansprache, in der es u. a. ausführte: Euer Stand ist berufen, Deutschland und das deutsche Volk zu nähren, zu nähren nicht nur im gewöhnlichen Sinne mit dem täglichen Brot, sondern zu nähren mit allem, was aus dem Boden, der Grundlage unseres Seins, wächst; aus dem Boden, den Ihr betretet. Auf diesem Boden hat sich die Geschichte unseres Volkes durch Jahrtausende abgespielt, und auf diesem Boden wird sich die Geschichte unseres Volkes weiter Jahrtausende abspielen. Und daß diese Geschichte wieder eine stolze Geschichte sei, dafür werden wir sorgen. (Stürmischer Beifall.) Mit Recht ist im neuen Deutschland von Seiten der Vertreter des Bauerntums in der nationalsozialistischen Erhebung immer wieder die Bedeutung hervorgehoben worden, die das Bauerntum mit seinem Boden hat, die Bedeutung hat auch hinsichtlich der Blutsverjüngung unseres Volkes; denn der Nachfluß des besten Blutes kommt ja aus dem Lande und strömt in die Städte hinein, in denen es leider den Umständen nach langsam an Güte verliert. So oft seine Bedeutung mit so viel Recht betont wurde, so sehr aber soll auch stets wieder andererseits betont werden, daß dieses Bauerntum zwar die Grundlage unseres völkischen, rassistischen und wirtschaftlichen Seins ist, auf der anderen Seite aber doch die anderen Stände unseres Volkes nicht weniger wichtig sind. Stets sei sich der Bauer bewußt, daß er seinen Boden nicht halten könnte, wenn nicht als Erzeugung ein Wehrstand da wäre, der den Boden schützen muß. Der Bauer soll eingebettet sein, daß vieles von dem, was er braucht und ihm als eine Selbstverständlichkeit erscheint, durch die Hände seiner Arbeitsgenossen drinnen in der Stadt geschaffen wurde.

Man wird vielleicht schimpfen können, daß die Preise des Bauern vielfach höher sind als draußen im Auslande. Würden diese Preise nicht so hoch gehalten, so müßte über kurz oder lang mit mathematischer Sicherheit unser Bauerntum, unser Nährstand zu Grunde gehen, wie er bereits im besten Wege war, zu Grunde zu gehen, bevor wir Nationalsozialisten an die Macht kamen. Das Ergebnis wäre der Kampf aller gegen alle, das Ende auch des Arbeiters in der Stadt gewesen. Denn darüber müssen wir uns klar sein, wenn wir die Nahrung nicht im Inlande erzeugen könnten, einführen könnten wir sie nicht. Das Ausland sperrt unsere Grenzen, sperrt sich ab, hat den Postkott verhängt. Sie wollen selbst ihre Waren draußen absetzen. Wir können die Ergebnisse der Arbeit unserer Industriearbeiter nicht auf den Markt hinausbringen und demgemäß können wir auch nicht einführen, was wir brauchen und immer mehr brauchen würden, wenn die Landwirtschaft im Absterben wäre. Heute bringen wir alle nach wie vor gemeinsam unser Opfer. Die Arbeiter, die kleinen Mittelständler, indem sie die höheren Preise zu Gunsten der Bauern, zu Gunsten der Landwirtschaft tragen. Dieses Zusammenstehen, dieses Einstehen des einen Standes für den anderen, dieser gemeinsame Kampf hat uns den Sieg gebracht.

### Steuerfreiheit für Erlagbeschaffungen bis 31. März 1935

Berlin, 17. Nov. Dem Gesetz über Steuerfreiheit für Erlagbeschaffungen vom 1. Juni 1933 gemäß dürfen die Aufwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Maschinen, Geräten und ähnlichen Gegenständen des gewerblichen oder landwirtschaftlichen Anlagekapitals bereits im Jahre der Anschaf-

fung oder Herstellung bei der Ermittlung des Gewinns für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer voll abgezogen werden, wenn der Steuerpflichtige den Erlaggegenstand nach dem 30. Juni 1933 und vor dem 1. Januar 1935 angeschafft oder hergestellt hat.

Der Fristablauf vom 31. Dezember 1934 hat in einzelnen Zweigen der Maschinenindustrie zu so großem Auftragsrückgang geführt, daß eine Bewältigung der Aufträge bis zum 31. Dezember 1934 ohne Ueberstunden oder sonstige außergewöhnliche Maßnahmen nicht möglich ist. Die Maschinenfabriken haben die Annahme verschiedener Aufträge bereits ablehnen müssen, weil ihnen die Ausführung neuer Aufträge trotz Ueberstunden bis Ende 1934 nicht mehr möglich ist. Es ist aus arbeitsmarktpolitischen Gründen zweckmäßig, der Maschinenindustrie zur Ausführung der Aufträge eine Frist zu gewähren, die über den 31. Dezember 1934 hinausreicht. Der Reichsminister der Finanzen hat deshalb durch Verordnung vom 8. November 1934 die Frist, innerhalb deren der Erlaggegenstand geliefert werden muß, bis zum 31. März 1935 verlängert. Voraussetzung ist jedoch in jedem Falle, daß der Auftrag auf Lieferung des Erlaggegenstandes noch vor dem 1. Januar 1935 erteilt wird.

Erfolgt die Lieferung des Erlaggegenstandes noch in demjenigen Wirtschaftsjahr, das im Kalenderjahr 1934 endet, so können die Aufwendungen für den Erlaggegenstand vom Gewinn des Wirtschaftsjahres 1934 abgezogen werden. Erfolgt die Lieferung nach Schluß des in 1934 zu Ende gehenden Wirtschaftsjahres und vor dem 1. April 1935, so können die Aufwendungen vom Gewinn desjenigen Wirtschaftsjahres abgezogen werden, das im Kalenderjahr 1935 endet, soweit nicht schon Anzahlungen im Wirtschaftsjahr 1934 geleistet worden sind und die Aufwendungen in Höhe der Anzahlungen vom Gewinn des Wirtschaftsjahres 1934 abgezogen worden sind.

Es ist allen Gewerbetreibenden, Landwirten und freien Berufen, die das Gesetz über Steuerfreiheit für Erlagbeschaffungen noch in Anspruch nehmen wollen, zu empfehlen, ihre Aufträge sofort zu erteilen und die Lieferfrist nicht zu kurz zu bemessen. Der verstärkte Auftragsrückgang wirkt nicht nur auf die Maschinenindustrie, sondern auch auf deren Vorindustrie und Nebenindustrie belebend. Das Gesetz über Steuerfreiheit für Erlagbeschaffungen erstreckt sich nicht nur auf Maschinen, sondern auch auf alle anderen Gegenstände des gewerblichen und landwirtschaftlichen Anlagekapitals und des Anlagekapitals der freien Berufe.

### Auch Kanarienvögel stehen unter Tierquälerei

Potsdam, 17. Nov. Die Bestimmungen über die Bestrafung von Tierquälerei gelten für alle Tiere, nicht nur etwa für Vierbeiner allein. Das hat das Schöffengericht Potsdam in einer Verhandlung ausdrücklich festgestellt, die sich gegen den 25jährigen Walter Franke richtete. Franke hatte seine Wohnung aufgegeben und war zu Verwandten gezogen. Seine beiden Kanarienvögel ließ er jedoch in der Wohnung ohne Nahrung und Wasser zurück. Fast acht Tage haben die armen Tierchen noch gelebt, bis sie dann vor Hunger starben. Der Hauswirt, dem es bereits aufgefallen war, daß das Piepen der Kanarienvögel immer schwächer wurde, benachrichtigte die Polizei, die den Tatbestand feststellte. Franke wurde wegen Tierquälerei zu 20 RM. Geldstrafe verurteilt.

### Schaffung der „Kanzlei des Führers der NSDAP.“

Berlin, 18. Nov. Der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler hat folgende Verfügung erlassen:

1. Zur Bearbeitung aller Parteiangelegenheiten, die an mich als Führer der NSDAP. aus ihr und ihren Gliederungen gelangen, wird die „Kanzlei des Führers der NSDAP.“ mit dem Sitz in Berlin errichtet.
2. Zum Chef der Kanzlei des Führers der NSDAP. ernenne ich den Hg. Reichsleiter Philipp Bouhler. Er untersteht mir unmittelbar und ist nur mir verantwortlich.
3. Dem Chef der Kanzlei des Führers der NSDAP. sind unterstellt die Parteiadjutantur und die Privatkanzlei Adolf Hitlers.
4. Die Ausführungsbestimmungen zu dieser Verfügung erläßt der Chef der Kanzlei des Führers der NSDAP.

### Entwicklung der deutschen gewerblichen Genossenschaften

Das kürzlich erschienene Jahrbuch des Deutschen Genossenschaftsverbandes enthält erstmalig die der Öffentlichkeit übergebenen Ziffern über Stand und Entwicklung der deutschen gewerblichen Genossenschaften im Jahre 1933. Schon rein zahlenmäßig ist der Aufschwung in der Entwicklung erkennbar. Es zeigt sich

diese Wendung alles erzählt. Das ist der guten Frau Muntebühl lange im Kopf herumgegangen. Sie ist eine Frau dieser Zeit, fest für die neuen Ideen des großen Führers ein-tretend.

So erwacht sie eines Abends ihren Bruder unter vier Augen und fängt an:

„Ach muß dich mal was Vernünftiges fragen, Bäuerlein!“

„Schief los, schöne Schwester.“

Zwischen Bauer Paetel und seiner Schwester herrschen von jeher besonders drallig-gemüthliche Umgangsformen. Er nimmt behäbig auf der Ofenbank Platz, rückt ein Stück beiseite und schmunzelt:

„Wahrscheinlich ein weihnachtliches Liebespaket für et-welche Berliner Pflögele von dir?“

„Das sowieso“, bestätigt sie und seht sich an seine Seite.

„Bier Stück. Die Adressen gib ich dir noch. Aber da ist noch was ganz anderes.“

„hm?“

„Sieh mal — unsere Urjel gefällt dir doch gut, wie?“

„Famozes Mädel! Blyjauber. Dazu bildhübsch. Hoffentlich läufst sie dir nicht auch davon wie deine Erna, selbigen Angedenkens.“

„Ausgeschloffen! Wenn sie nicht gerade heiraten will. Da ist ein Mädel natürlich nicht zu halten.“

„Habaha!“

Paetel lacht dröhnend.

„Lach nicht so niederträchtig. Nu mach mal die Ohren schön auf, Bäuerlein. Unsere Urjel hat nämlich einen Bruder.“

„n netter Junge — bloß schon lange arbeitslos.“

„Nachtigall, ich hör dir trillern“, seufzt Paetel. „Man weiter, schöne Schwester!“

Frau Muntebühl holt mächtig aus.

„Ja, sieh mal, wir, der neue Staat, haben euch Band-leute doch wieder sehr ins Herz geschlossen, und das ist ja auch nur in der Ordnung so. Ihr Bauern seid nun mal das Rückgrat des Landes.“

„hm — hm“, brummt Paetel.

(Fortsetzung folgt.)

## Ein Volk tritt an

Ein Roman vom neuen Deutschland von Paul Hain.

„Vielleicht sind die Männer doch größere Rätsel als wir Frauen. Wir sind ja gar nicht so rätselhaft, am wenigsten, wenn wir lieben.“

Sie sagt es aus einem Gefühl der Ratlosigkeit heraus, denn in dieser Stunde ist ihr gewiß, daß sie bis heute im tiefsten Grunde ihrer Seele Heinz' Verhalten nicht verstanden hat. Was sie am meisten an ihm geliebt hat, war seine Wahrhaftigkeit! Wenn er wirklich eine andere gefunden hatte — und sie hat jene ja selbst gesehen! — die ihn mehr fesselte, so hätte er ihr doch zumindest schreiben müssen. Olga glaubt aber überhaupt nicht an eine andere!

Zum erstenmal irrt durch ihren Kopf der Gedanke: Warum habe ich selbst nicht noch einmal geschrieben? Nun ist es zu spät!

„Ach“, sagt Olga in diesem Augenblick, „die Männer — und Rätsel? Nicht, daß ich wüßte. Wenn's nicht gerade ein Hochstapler ist! Nö, ja geheimnisvoll sind sie nu wirklich nicht, weder der Bergholt noch mein kleiner Siegfried. Der haben muß anderswo liegen!“

Da kann Urjel wieder lächeln.

„Zerbrechten Sie sich über diesen Haken nicht den Kopf, Olga!“

„Na, aber feste“, wirft diese ein, doch Urjel legt ihr beschwichtigend die Hände auf den Arm.

„Rein, Olga, bitte, nicht. Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie mich angehört haben und mit damit schon Trost gaben. Aber Vertrauen gegen Vertrauen, ja? Sie werden es für sich behalten, bitte. Mein Leid geht niemanden etwas an. Ich muß es ja doch allein tragen und überstehen, und — ich werd's auch überstehen!“

Sie richtet sich auf. Die biegsame, ebenmäßige Gestalt ist wieder voll anmutiger Straffheit. Olga blüht sie be-

wundernd an. Im Jargon Siegfried Riejes denkt sie: Der Heinz Bergholt ist entweder ein Idiot gewesen oder — die romantische Liebesgeschichte kann unmöglich zu Ende sein!

Laut sagt sie:

„Natürlich, Urjel! Selbstverständlich behalt ich's für mich“

„Ob sie's ernst meint?“

„Vedenfalls sagt einige Tage später Siegfried Riese zu Krause:

„Es geht uns ja nicht an, aber der Bergholt hat mir mal das Leben jerettet — und da muß man sich doch 'n bißchen mehr um so einen Menschen kümmern.“

„Sehr richtig, Riese. Ganz meine Meinung. Und überhaupt: Ich bin, wie gesagt, der Ansicht — det is keene Liebesgeschichte, det is eene Tragödie!“

„Quatsch!“

Riese steht am Holzkloß und schmettert das Beil mit gewaltigem Krach in den Baumstumpf, den er zu zerkleinern hat.

Winterarbeit!

Krause steht nicht weit von ihm und zersägt Baumstämme. Ueberall auf dem Hof wird Brennholz gemacht.

„Also, Krause — Mensch — so wie mir Olga die Geschichte erzählt hat, is es —“

Krause stellt die Säge beiseite und nähert sich Riese.

„Jawoll — is es 'ne Liebestragödie, sozusagen 'ne recht traurige, jawoll, die das Mädchen Urjel nich vadiert hat. Aber ich behaupte: da stekt wat mang, wat bloß durch eene kriminalistisch jelschulte Riese herauszukriegen ist!“

Riese starrt Krause geistesabwesend an.

„Na jut — denn strenge ruhig deine kriminalistisch jelschulte Nase an“, erwidert Riese. „Vedenfalls woll'n wir mal die Sache in der Pupille behalten.“

Frau Muntebühl fällt eines Tages ein, daß sie sich noch etwas Besonderes vorgenommen hat. Etwas, das mit Urjel zusammenhängt, deren Familienverhältnisse sie ja längst kennt. Auch die Sache mit ihrem Bruder Max.

Urjel hat ihr damals, als sie Max so umgewandelt zu Hause wieder sah, aus der Fröhlichkeit ihres Herzens über

des zunächst bei den 15 genossenschaftlichen Kreditzentralen, die eine Ausdehnung ihres Geschäftsumfanges von 229 auf 242 Millionen RM. zu verzeichnen haben. Der Geldumsatz beläuft sich auf 7,3 (6,5) Milliarden RM.

Das Gesamtbild der Kreditgenossenschaften läßt erkennen, daß diese nicht nur die große Krise überwunden haben, sie befinden sich auch seit dem ersten Jahre des neuen Staates im Stadium der Aufwärtsentwicklung. Die Einklagen konnten von rund 1100 auf 1231 Millionen RM. zunehmen; das Eigenkapital beträgt 298 (286) Millionen RM.

Insgesamt haben Ende 1933 die Genossenschaften dem deutschen Mittelstand zur Verfügung gestellt:

an bilanzmäßigen kurzfristigen Krediten 1196,4 Millionen RM.  
an Hypothekenkrediten 128,9 Millionen RM.  
an Krediten aus weitergegebenen Wechseln 130,0 Millionen RM.

1395,3 Millionen RM.  
Dazu kommen noch 23,4 Millionen RM. Anale. Unter Hinzurechnung der 77 nichtberichtigenden Genossenschaften können die Gesamtkredite auf fast 1,5 Milliarden RM. angenommen werden. Es ist dies ein gewaltiger Betrag, den allein die gewerblichen Genossenschaften, also ohne die ländlichen Spar- und Darlehensklassen, dem Mittelstande eingeräumt haben.

Verlässigt man schließlich, daß über 1,1 Millionen Mitglieder den Kreditgenossenschaften angehören, wozu noch die Familienangehörigen hinzukommen, daß ferner mit den städtischen Kreditgenossenschaften mindestens 25 000 Personen tätig und sozial verbunden sind, daß in den Kreditgenossenschaften Handwerk und Gewerbe, Einzelhandel und Landwirtschaft, Arbeiter, Angestellte und Beamte gleichermaßen vertreten sind, so wird mit diesen Zahlen auch die soziale Bedeutung der städtischen Kreditgenossenschaften eindringlich klargestellt.

Bei den Warengenossenschaften (insgesamt) ist im Berichtsjahr ein Warenumsatz von 1222 Millionen RM. und ohne die Zentralbezugs-genossenschaft ein solcher von 1006 Millionen RM. festzustellen. Die gesamten Mittel befaßen sich auf 311 Millionen RM. (300 Millionen RM. ohne die Zentralbezugs-genossenschaften). Rund 280 000 Mitglieder arbeiten mit den Warengenossenschaften. Die 630 Händlergenossenschaften haben bei ihren 87 000 Mitgliedern rund 680 Millionen RM. umgesetzt, die Handwerker-Einkaufs-genossenschaften bei 75 000 Mitgliedern 220 Millionen RM.

An Handwerkerbau-genossenschaften werden 49 sächsische mit etwa 70 Millionen RM. Vermögen und etwa 70 außer-sächsische, die noch nicht dem Reichsverband der Handwerker-genossenschaften in Berlin angeschlossen sind, erfasst.

### Besprechungen des Dreierausschusses

Rom, 18. Nov. In der Saartage haben am Samstag weitere Besprechungen des Dreierausschusses und des Unterausschusses unter Zuziehung der Sachverständigen der beiden interessierten Länder stattgefunden.

### Schulzinnig und Berger-Waldenegg in Rom

Rom, 18. Nov. Der österreichische Bundeskanzler Schulzinnig und der Außenminister Berger-Waldenegg sind am Samstag von Mussolini in Audienz empfangen worden. Eine amtliche Mitteilung darüber ist nicht erfolgt. Die Besprechungen werden am Montag fortgesetzt.

Am Nachmittag legte Bundeskanzler Schulzinnig mit dem Außenminister und seinem Gefolge im Pantheon und am Grabmal des unbekanntenen Soldaten Kränze nieder. Am Abend gab Mussolini ein Festessen, an dem viele Minister und hohe Staatsbeamte teilnahmen.

### Das NeuigkeitseWeltblatt über die Besprechungen

Wien, 18. Nov. Die Wiener Abendpresse bringt ausführliche Berichte über die dortigen Besprechungen. Das NeuigkeitseWeltblatt betont, die Besprechungen seien beherrscht von wirtschaftlichen Fragen, die mit der Auswertung der für Österreich in Triest geschaffenen Freihafenzone zusammenhängen, ferner von Fragen der kulturellen Beziehungen. So solle eine österreichische Kunstakademie in Rom geschaffen werden. Das österreichische historische Institut solle weiter ausgestaltet werden. Italien sei auch geneigt, jenen Angelegenheiten, die vom nationalpolitischen Standpunkt aus für Österreich von Bedeutung seien, und nicht zuletzt der Behandlung der deutschen Minderheiten innerhalb der italienischen Staatsgrenzen wohlwollende Aufmerksamkeit zu schenken. An politischer Hinsicht würde in die Besprechung die ganze europäische Lage einbezogen werden. Im übrigen sehe Mussolini auf dem Standpunkt, daß auch die Beziehungen der europäischen Staaten zu Deutschland zu moralisieren seien. Er bestrebe nach wie vor auf der vollen äußeren und inneren Unabhängigkeit, und es sei sein Bestreben, der inneren Unabhängigkeit, soweit es die Souveränität Österreichs zulaße, Impulse zu geben.

### Antwort Hortis an den Führer

Budapest, 17. Nov. Der Reichsverweser des Königreichs Ungarn, von Hortis, hat an den Führer und Reichskanzler folgendes Antworttelegramm geschickt: „Tief gerührt haben mich die so warm empfundenen Begrüßungsworte, welche Eure Erzgegend anlässlich der 15. Jahrestunde meines Einzuges an der Spitze der nationalen Armee in Budapest an mich richteten. Zurückblickend auf die 15jährige ehrliche Kraftentfaltung der durch das Schicksal so schwer geprüften ungarischen Nation, gereicht es mir zur besonderen Freude und Genugtuung, an diesem Tage einen so warmen Beweis Ihrer und der deutschen Nation Freundschaft erhalten zu haben.“

### Neuer Takt auf den Philippinen

Manila, 18. Nov. Die Philippinen wurden am Samstag abend neuerdings von einem schweren Taifun heimgesucht. Bisher wurden 250 Tote gemeldet. Am schwersten betroffen wurde die Insel Luzon. Welsch traten große Überschwemmungen ein, wobei zahlreiche Häuser zerstört wurden.

### Verchiebung der Tagung des Völkerbundesrats

Genf, 18. Nov. Wie das Völkerbundssekretariat mitteilt, hat der Präsident des Völkerbundsrates, Benesch, nach Rücksprache mit dem Generalsekretär des Völkerbundes und auf Witten des Präsidenten des Dreierausschusses, Baron Aloisi, beschlossen, die ursprünglich auf den 21. November festgesetzte außerordentliche Tagung des Völkerbundsrates um einige Tage zu verschieben, um so die Arbeiten des Saar-ausschusses zu erleichtern. Der genaue Zeitpunkt der Ratstagung soll den Ratmitgliedern so schnell wie möglich mitgeteilt werden.

Diese Verschiebung dürfte von dem Vorsitzenden des Dreierausschusses des Völkerbundsrates, Baron Aloisi, angeregt sein. Bei den seinerzeit in Rom geführten Verhandlungen hat sich eine Anzahl von Problemen ergeben, die einer noch eingehenderen Prüfung bedürfen. Deutscherseits kann gegen eine solche Verschiebung sicherlich nichts eingewendet werden. Man sieht

daraus, daß sich der Dreierausschuss von der Bedeutung und Wichtigkeit der von ihm behandelten Fragen überzeugt hat und eine eingehendere Behandlung für notwendig hält, ehe der Völkerbundsrat mit diesen Fragen befaßt wird.

## Lokales

Wildbad, 19. November 1934.

— Du findest Deine Ahnen! Den amtlichen Nachweis seiner Ahnen sollte sich jeder verschaffen, soweit das nur irgend möglich ist. Dazu gehören zunächst Feststellungen über die Namen und die sämtlichen Vornamen, über Ort und Datum der Geburt, des Todes, entl. der Taufe, Trauung usw. Wichtig sind weiter besondere Angaben über Beruf, Zahl der Kinder Todesursache usw. Auf diesen hier nur angedeuteten Grundlagen soll sich dann die weitere Forschung aufbauen. Dabei kann man wertvolle alte Urkunden über Ehrenämter, Befehrsrechte und sonstige Angelegenheiten der Altoorderen wieder ans Tageslicht bringen. Und am meisten freut man sich, wenn man Briefe, Bilder, überlieferte Erzählungen in sein Familien-Archiv einreichen kann. Die Mühe und Arbeit wird immer wieder belohnt, wenn man nach und nach in den Reihen der 8 Urgroßeltern, der 16 Ur-Urgroßeltern, der 32 Ur-Urgroßeltern eine Vollständigkeit erzielen kann. Auf Vollständigkeit muß es ankommen! Die Ahnentafel hat nur dann einen Wert, wenn sämtliche Glieder derselben Generation nebeneinander verzeichnet werden können. Man muß freilich in jedem Falle genau angeben, was man schon weiß (damit Anhaltspunkte gegeben sind) und was man noch wissen will. Das eine kommt einem dabei zugute, daß die verantwortlichen Stellen heute ihre Kirchenbücher und sonstigen Register besser kennen als früher. So gelingt es fast jedem, der ernsthaft zu Werke geht, seine Ahnen bis zum Anfang des 18. Jahrhunderts, also etwa bis zum Jahre 1700, oft sogar bis zum Anfang des Dreißigjährigen Krieges, patriarchalisch feststellen zu lassen. Von großem Reiz ist es, neben der Ahnentafel die kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Zustände des Zeitabschnittes und der Gegend festzustellen, die für die einzelnen Generationen in Frage kommen. Auf diese Weise kann man sich eine vortreffliche Vorstellung darüber verschaffen, unter welchen Lebens- und Arbeitsbedingungen unsere Vorfahren sich durchsetzen mußten. Jeder Volsagenoffe muß stolz sein auf seine Ahnen und ihnen gebührende Aufmerksamkeit zuwenden.

## Württemberg

### 50-Jahrfeier der Städt. Sparkasse

Stuttgart, 18. Nov. Mit einer schlichten Feier beging die Städtische Sparkasse Stuttgart am Samstag in dem schön geschmückten Schalterraum ihres Hauses den Gedenntag ihres 50-jährigen Bestehens. Diese Feier gewann durch die Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht als Ehrengast sowie der gesamten württembergischen Staatsregierung ihre besondere Bedeutung.

Oberbürgermeister Dr. Strölin begrüßte die Gäste und besonders den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht. Das Wirken der Subilarin sei stets unter der Herrschaft des Gemeinnutzes gestanden. Deshalb habe sie auch im neuen Staat ihre Arbeit in dem Sinn weiterführen können, in dem sie schon bisher tätig war. Ihre gemäßigten Einstellung zeige sich besonders in der Pflege des Kleinsparverkehrs, bei der Ausleistung der Spargelder, in dem Bemühen einer Senkung der Schuldzinsen und der Hypothekenzinssätze und in dem Aufbau des Giroverkehrs. Der Ehrentag sei für die städtische Sparkasse nicht nur ein Tag der Erinnerung, sondern zugleich eine Aufforderung zu unermüdlicher Weiterarbeit in nationalsozialistischem Geist, im Geist des Dienstes am Ganzen.

Ministerpräsident Mergenthaler beglückwünschte im Namen der württ. Staatsregierung die Städtische Sparkasse zu ihrem Jubiläum. Die Bedeutung des Sparkassenwesens könne nicht unterschätzt werden. Auch in Zukunft komme eine Einschränkung ihrer Wirksamkeit nicht in Frage. Das schließe jedoch nicht aus, daß die Kapitalkraft der Sparkassen nach jenen hohen Gesichtspunkten einzusetzen sei, die in der nationalsozialistischen Staatsführung und Wirtschaftsauffassung vorgezeichnet seien. Auch hier müsse das Ziel sein, eine Wirtschaft aufzubauen, die von nationalsozialistischer Gesinnung getragen sei.

Dann sprach über „50 Jahre Städt. Sparkasse Stuttgart“ Direktor Desterle. Es ist eine überaus wechselvolle Entwicklung, die in diesen fünf Jahrzehnten eingetreten ist und die auch der Sparkasse den Weg mit vorgezeichnet hat. Nichts zeugt mehr von der inneren Kraft und Stärke des Gedankens, dem die Sparkasse zu dienen berufen ist, als die Tatsache, daß ihre Entwicklung über alle Hindernisse und Hemmungen hinweg nach oben führte.

Es stellt einen unerhörten und großartigen Triumph deutschen Lebens- und Sparwillens dar, so fuhr der Redner fort, der nicht mit Anrecht als das „deutsche Sparwunder“ bezeichnet worden ist, daß in dem Augenblick, in dem wieder eine beständige Währung vorhanden war, der deutsche Sparer, der eben nahezu alles verloren hatte, wieder anfang zu sparen und das Zerstückte wieder aufzubauen. Ein empfindlicher Rückschlag trat am 13. Juli 1931 ein, ein schwarzer Tag in der Geschichte der deutschen Geld- und Kreditwirtschaft. Es kam das Jahr 1933 und mit ihm die Wende des deutschen Schicksals. Die am 30. Januar v. J. mit der Berufung des Führers und Reichskanzlers Adolf Hitler erfolgte nationalsozialistische Machtergreifung machte dem schleichenden Ruin auf die Sparkassen und seinen Ursachen ein Ende. Die großen Kapitalien, die seither bei der Spar- und Girokasse angesammelt worden sind, haben es ermöglicht, das wirtschaftliche Leben der Stadt in weitreichendem Maße mit Krediten zu befruchten. Einer der hauptsächlichsten Punkte nationalsozialistischer Zielsetzung ist auf das Bestreben gerichtet, die Zinslast der Wirtschaft, an der sie zu erliegen drohte, zu erleichtern. Die Sparkasse hat dieses Bestreben in ihren Teil durch Herabsetzung ihrer Hypothekenzinsen mit größtem Nachdruck unterstützt und sie ist dabei unter den deutschen Sparkassen führend gewesen. Die Sparkasse kann an ihrem heutigen Gedenntag mit voller Befriedigung auf ihre Entwicklung blicken und auf die Erfolge, die ihr beschieden gewesen sind. Aus kleinen Anfängen heraus ist sie zu einem überaus bedeutsamen Faktor des Wirtschaftslebens der Stadt Stuttgart geworden.

Als Sparkassenkommissar der württ. Aufsichtsbehörde gab Ministerialdirektor Dr. Dill vom Württ. Innenministerium seiner Anerkennung und seinem Dank wie auch seinem Wunsch Ausdruck, daß die Städt. Sparkasse sich kräftig weiterentwickeln möge. Im Namen des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes überbrachte Präsident Dr. Gugelmeier Gruß und Glückwunsch. Präsident Dr. Neuffer als Vertreter des Württ. Sparkassen- und Giroverbandes überbrachte weitere Glückwünsche.

### Dr. Schacht über das Sparkassenwesen

Reichsbankpräsident Dr. Schacht sprach der Subilarin herzliche Glückwünsche aus und wies insbesondere auf die gesunde Entwicklung hin, die dieses Institut genommen hat. Die gesunde

Struktur des Württemberger Wirtschaftslebens sei der Stuttgarter Sparkasse ein mächtiger Verbündeter gewesen. Die Leistung des Unternehmens dürfe es mit Genugtuung erfüllen, daß sie während der verflochtenen Krisenzeit ihren Auszahlungsverpflichtungen ohne Hilfskredite habe nachkommen können. Zu der klugen und vorsichtigen Geschäftspolitik der Stuttgarter Sparkasse gehöre es auch, daß sie ihre kurzfristigen und langfristigen Geschäfte fein säuberlich getrennt habe. Die strenge Trennung zwischen dem eigentlichen Spargeschäft und dem kurzfristigen Geldverkehr biete zwei große Vorteile. Sie ermögliche erstens eine klare Unkostenrechnung und verhindere damit unrentable Geschäfte und sie verhindere zweitens, was noch wichtiger sei, eine Gefährdung der Spargelder. Wenn alle Sparkassen die gleiche Untercheidung ebenso deutlich vorgenommen hätten, dann hätte im Jahre 1931 nicht jene Sparkassenkrise eintreten können, die die Reichsbank zwang, mit so außerordentlich großen Mitteln einzuspringen. Dr. Schacht fuhr dann wörtlich fort: „Ich ergreife gern die Gelegenheit, um in einigen Worten meine Auffassung über diese Dinge auszusprechen. Mein Bestreben geht nicht dahin, die Tätigkeit der Sparkassen aus irgendwelchen besonderen wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten heraus einzuengen. Das sogenannte kleinere und mittlere Kreditgeschäft soll den Sparkassen in keiner Weise genommen werden. Die Sparkassen haben in früherer Zeit auf diesem Gebiete wichtige Dienste geleistet und sollen es auch in Zukunft tun. Insbesondere, die besondere Struktur der Sparkassen erfordert besondere Maßnahmen. Die öffentlichen Sparkassen haben vor den übrigen Geldinstituten den großen Vorteil voraus, daß sie die Haftung der öffentlichen Körperschaften hinter sich haben. Diese Haftung bildet ein Vorrecht, aber auch eine Verpflichtung. Der Umstand, daß eine Sparkasse praktisch nicht in Konkurs gehen kann, darf keinesfalls dazu führen, daß die Sparkasse unsozial wirtschaftet. Sie muß sich vielmehr ihrer Verantwortung zur sorgfältigsten Vorkontrolle nur umso stärker bemüht sein. Es darf nicht wieder vorkommen, daß im Falle einer Kreditkrise derartige, den Geldmarkt und die ganze Kreditorganisation beeinträchtigende Maßnahmen nötig werden, wie dies im Jahre 1931 der Fall war. Die Reichsbank ist grundtätig bereit, bei der bevorstehenden Neuordnung des Kreditwesens eine stets bereite Aufnahmestelle für die Liquidität der Sparkassen zu bilden, aber sie kann das nur tun, wenn eine solide Anlagepolitik der Sparkassen gewährleistet ist. Dies bezieht sich selbstverständlich nicht nur auf diejenigen öffentlichen Kreditinstitute, bei denen die Sparkassen ihre liquiden Reserven zu halten pflegen. Diese Institute, die die Betreuer der Sparkassen sind, müssen zu den gleichen Grundsätzen angehalten werden. Die vornehmste Aufgabe der Sparkassen besteht demnach wie vor dem Kriege so auch jetzt darin, die ihnen zuzuführenden Spargelder in sicheren Werten des Kapitalmarktes anzulegen. Wenn daneben die Befähigung der Sparkassen auf anderen Gebieten des Bankverkehrs in den letzten zwei Jahrzehnten eine stärkere Entwicklung genommen hat, so zeigt gerade die Stuttgarter Sparkasse, wie richtig es ist, diese beiden Geschäftsarten getrennt zu behandeln. Es liegt der Reichsregierung völlig fern, den Sparkassen Altbewährtes zu nehmen, aber es ist notwendig, die moderne bankmäßige Betätigung in einem gesunden Verhältnis zu der ureigensten Aufgabe, nämlich der Verwaltung der Spargelder zu halten und diese Betätigung mit den Notwendigkeiten der gesamtdeutschen Währungs- und Kreditpolitik in Einklang zu bringen. Gerade auf diese letzteren Dinge muß umso entscheidender Gewicht gelegt werden, als der nationalsozialistische Staat, der größere Aufgaben dem Volke gegenüber zu erfüllen hat als das frühere liberalistisch-marxistische System, auf die tüchtigste Mitarbeit der Sparkassen angewiesen ist. Die Herstellung eines den Aufgaben des nationalsozialistischen Staates angepaßten Geld- und Kapitalmarktes muß somit das Kernstück einer jeden Neuordnung auf dem Gebiete des Kreditwesens sein.“

In seinen weiteren Ausführungen wies der Vortragende darauf hin, daß wir wieder von der leidigen Gewohnheit loskommen müssen, aus Mangel an Vertrauen Gelder nach Möglichkeit schnell greifbar und kurzfristig anzulegen und damit, wenn auch unbewußt, der deutschen Wirtschaft das für ihren Wiederaufbau so unerläßliche langfristige Kapital vorzuenthalten. Hier haben die Sparkassen als die größten Kapitalanleger ein dankbares Aufgabengebiet. Sie sind in der Lage, die Ersparnisse, die ihnen von einer vertrauensvollen Einlegerenschaft gebracht werden, in langfristiger Form zur Milderung der dringenden Kapitalnot der Wirtschaft zu verwenden. Und dieses können sie in weit höherem Maße als früher tun, da die Reichsbank in der Lage ist, in dem Maße mitzuwirken, wie es ihr auf Grund der neuerlichen gesetzlichen Bestimmung über Offen-Markt-Politik und Zulassung von Lombardforderungen zur Notendeckung möglich ist. Die Reichsbank wird es als ihre nationale Pflicht ansehen, den Sparkassen zu helfen, wenn auch die Sparkassen ihre nationale Pflicht richtig begreifen und die Wiederherstellung eines gesunden Kapitalmarktes verständnisvoll unterstützen. Der Auftrieb für den Kapitalmarkt, der von Seiten der Sparkassen kommen kann und kommen muß, wird über die Besserung der Rentenkurse für die Verbilligung des Zinsfußes und damit für die weitere Wiederherstellung der Sparbildung überhaupt von ausschlaggebender Bedeutung sein. Im Zusammenhang mit der fortschrittlichen Zinspolitik der Städtischen Sparkasse Stuttgart wies Dr. Schacht auf die schon im Mai vorigen Jahres erfolgte Herabsetzung des Hypothekenzinssatzes auf 5 v. H. hin. Das Entgegenkommen des Instituts ist mit ermöglicht worden durch die niedrigen Geschäftskosten, die aus einer sparsamen Verwaltung resultieren, wiederum eine vorbildliche Geschäftspolitik. Trotz des Verzichtes auf hohe Zinsgewinne im Hypotheken- und sonstigen Kreditgeschäft hat die Städtische Sparkasse Stuttgart stets angemessene Einlagenzinsen vergütet und hierdurch die günstige Entwicklung der Spargelder gefördert. Dr. Schacht unterstrich in seinen weiteren Ausführungen den Spargedanken. Die von vielen Millionen Volsagenoffen oft in kleinsten Beträgen emsig zusammengetragenen Spargelder bilden einen wesentlichen Faktor in der Neubildung heimischen Kapitals. „Ich gebe die Erklärung ab“, so schloß der Redner, „daß die Reichsregierung alles tun wird, um die Entwicklung der Sparkassen und des Spartriebes der Bevölkerung zu fördern und über die gesunde Geschäftsführung der Sparkassen zu wachen. Entwicklung und Führung der Stuttgarter Sparkasse können als leuchtendes Vorbild dem ganzen deutschen Sparkassenwesen gelten.“

Dem Beifall, der die Rede des Reichsbankpräsidenten an mehreren Stellen unterbrach, gab Oberbürgermeister Dr. Strölin in einem Schlusswort dankbaren Ausdruck. Er machte dabei noch die erfreuliche Mitteilung, daß der Verwaltungsrat der Spar- und Girokasse aus Anlaß des Jubiläums die Errichtung von zwei Stiftungen beschlossen habe. Einmal sei eine Jubiläumstiftung der Städt. Sparkasse Stuttgart im Betrag von 100 000 RM. errichtet mit der Bestimmung, die Zinsen alljährlich zu Beihilfen an würdige und hilfsbedürftige Stuttgarter Einwohner zu verwenden. Sodann sei ein Fonds für soziale Zwecke im Betrag von 75 000 RM. errichtet worden für zur Unterstützung von in Not geratenen Betriebsangehörigen der Städt. Spar- und Girokasse Stuttgart. Der gemeinsame Gesang des Deutschland- und Horst Wessel-Liedes beschloß die Feier.

### Rundgebung der Deutschen Arbeitsfront

Stuttgart, 17. Nov. In einer großen Rundgebung der DAF in der vollbesetzten Stadthalle sprach am Freitag abend der Reichsbaupräsident Dr. von Rentelen



Berlin. Nach dem Einmarsch der Fahnen der NS-Hago, NSBO und der Innungen, nach einem Gesang des NSD-Männerchors und kurzen Begrüßungsworten des Gauamtsleiters Wagner Nagold ergriff Dr. von Regelen das Wort. Er stellte einleitend dem Kreiswinklergeist der vergangenen 14 Jahre den Gemeinschaftsgeist des Nationalsozialismus gegenüber. Zwei Dinge habe Adolf Hitler dem Nationalsozialismus zum erstenmal in der tausendjährigen Geschichte des deutschen Volkes in Deutschland Wirklichkeit werden lassen: Die deutsche Einheit und die einheitliche politische Führung. Wenn die NS-Hago einen starken Mittelstand will, so nur darum, weil das Interesse des gesamten Volkes es erfordert, daß möglichst viele kleine und mittlere Existenzen vorhanden sind. Wir besitzen auch das Privateigentum, damit möglichst viele deutsche Volksgenossen an ihm teilhaben. Eine winzige nationalsozialistische Tat ist mehr wert als ein Wasserfall angeblicher nationalsozialistischer Beteuerungen. Es gibt nur einen Adel und eine Ehre in Deutschland, das ist der Adel und die Ehre der Arbeit. An Hand von zahlreichen Beispielen führte dann der Redner der Versammlung den großen wirtschaftlichen Aufschwung vor Augen, den Deutschland im letzten Jahre genommen hat. Zum Schluß seiner Ausführungen kam der Redner auf die Preis- und Rohstoff-Frage zu sprechen, wobei er betonte, daß in Deutschland keinerlei Rohstoffknappheit bestehe. Was jetzt neu geschaffen werde, seien nicht Erzeugnisse, sondern Kunststoffe, die qualitativ oft über den Naturstoffen liegen. Ein Verbrechen wäre es, Preissteigerungen vorzunehmen in einer Zeit, in der die Löhne gleich bleiben. Es ist eine Aufgabe gerade der NS-Hago, die Preisentwicklung überall zu kontrollieren. Der Redner erntete für seine Ausführungen stürmischen Beifall.

### Häufung von Bahnhofs-einbrüchen

Stuttgart, 17. Nov. Die Reichsbahndirektion Stuttgart teilt mit: Seit Mai 1934 sind zahlreiche Einbrüche in Bahnhofsgebäude, zuletzt in rascher Folge in Großbottwar, Eichenau, Weilheim Gmünd, Calmbach, Kirchheim u. T. und Sulz verübt worden, wobei Gepäcksstücke und Geldbeträge in verschiedener Höhe gestohlen wurden. Die Täter konnten bis jetzt nicht ermittelt werden. Die Reichsbahndirektion hat im Wege der Auslobung, unter Ausschluß des Rechtsweges für die Zuteilung, eine Belohnung von 200 RM. für die Ermittlung und Ergreifung der Täter ausgesetzt.

### Chef des Stabes Luge in Stuttgart

Eröffnung eines SA-Hilfswerk-Lagers der Gruppe Südwest

Stuttgart, 18. Nov. In Anwesenheit des Chefs des Stabes, Luge, wurde am Samstag das auf dem Burgholzhofgelände von der Stadt Stuttgart errichtete SA-Hilfswerk-Lager der Gruppe Südwest, das arbeitslosen SA-Männern über die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit als Heim dienen soll, in dem sie weitestgehend und beruflich geschult werden, in feierlicher Weise seiner Bestimmung übergeben. Als die SA-Abordnungen angetreten waren, erschien der Chef des Stabes, Luge, in Begleitung von Gruppenführer Marger-Berlin und dem Führer der SA-Gruppe Südwest Lubin. Chef des Stabes Luge begrüßte die Gäste und schritt dann mit seiner Begleitung unter den Klängen des Präzidentenmarsches die Fronten der SA-Formationen ab. Oberbürgermeister Dr. Stadlin übergab mit einer kurzen Ansprache das von der Stadt Stuttgart erhaltene Heim der SA-Gruppe Südwest. SA-Gruppenführer Südwest Lubin begrüßte den Chef des Stabes und dankte der Stadt Stuttgart und allen beteiligten Stellen für die Errichtung dieses Heimes. Der Lagerführer, Standortführer Maier, gab die Versicherung ab, seine ganze Kraft für die ihm gestellte Aufgabe einzusetzen.

Dann sprach der Chef des Stabes Luge zu der schwäbischen SA. Wir haben der Toten gedacht, so führte er aus, weil sie uns Vorbild waren in den Tugenden, die die SA. großgemacht hat. Wenn wir heute ein so schönes Gebäude eröffnen können, so ist das gleichzeitig das Werk all der Helden, die bluteten, litten und starben für Deutschlands Freiheit. Ich darf sagen, daß die SA. so wie hier überall in Deutschland die alte geblieben ist. Mit irgend einer Antreue oder irgend einem Verlust zur Antreue haben wir SA-Männer nichts zu tun. Wir werden in aller Zukunft kein anderes Bestreben haben, als die Befehle des Führers auszuführen. Wir wissen, daß das, was wir heute unserer Staat nennen, noch nicht der Staat ist, den wir erleben und für den wir viele Jahre gekämpft haben. Die Hauptaufgabe steht noch bevor. Dafür haben wir uns zu rüsten, Körperlich und geistig. Nie wieder darf es in Deutschland Parteien geben. In echter Verbundenheit zum Führer wollen wir die Volksgemeinschaft vordringen. Wenn ich am Montag wieder zum Führer komme, dann freue ich mich, ihm das Versprechen geben zu dürfen, daß auch in Stuttgart, in Württemberg, in der SA-Gruppe Südwest die SA-Männer stehen und marschieren genau so wie früher in alter Treue und im alten Geist, um das zu erreichen, was der Führer uns als Ziel gesetzt hat: ein stolzes freies Deutschland.

Den eindrucksvollen Worten folgte das Deutschland- und Horst Wessel-Lied und ein dreifaches Siegesheil auf den Führer und den Chef des Stabes. Mit einem strammen Vorbeimarsch der Formationen schloß der Eröffnungsaft.

### Zum Tag der deutschen Hausmusik

Stuttgart, 17. Nov. Der Tag der deutschen Hausmusik, der am Dienstag, 20. November, im ganzen Reich abgehalten werden wird, ist die 3. große Veranstaltung, die für den gesunden Gedanken der deutschen Hausmusik werden will. Hausmusik ist nicht: Modeschlagerpielen, Grammophonplatten auflegen oder Radio hören, ebenso wenig wie Künstler zum Tee einladen, um sich etwas vorzuspielen zu lassen. Richtige Hausmusik bedeutet vielmehr: selber musizieren. Vielleicht ist gerade das nahebeie Weihnachtsfest so recht dazu geeignet, dem Gedanken der deutschen Hausmusik Eingang in die Familie zu verschaffen und vor allem auch die Jugend um das Klavier, um die Harmonika, die Violine, das Cello oder das Harmonium zu veranlassen. Auch die Veranstaltungen anlässlich des Tages der deutschen Hausmusik in Stuttgart wollen dem Rechnung tragen. So soll der Bunte Abend, der am 20. Nov. 20 Uhr stattfindet, ganz besonders die Jugend für den Gedanken der Hausmusik gewinnen. Der zu gleicher Zeit im Konzertsaal der Wiederhalle stattfindende Vachabend steht in seinem Programm die Suite in H-Moll, das 5. Brandenburgische Konzert und die Bauernfantate vor. Am Tag der deutschen Hausmusik wird ferner die Handharmonika-Kapelle von 12-13 Uhr auf dem Schloßplatz spielen. Weiter wird am 23. Nov. von 18.30-19 Uhr auf dem Platz um das Schillerdenkmal ein offenes Singen des Reichsenders Stuttgart stattfinden. Die „Klingende Musikschau“, die am 20. Nov. 11 Uhr von Oberreg.-Rat Herrmann vom Kultministerium eröffnet werden wird und bis 10. Dez. bei freiem Eintritt zugänglich sein wird, gibt in gedrängter Form einen Überblick über die Musikgüter aus alter und neuer Zeit.

Stuttgart, 17. Nov. (Ausstellung) Vom 15. Juni bis 4. August 1935 findet in Stuttgart auf dem Cannstatter Wasengelände oberhalb der König-Karls-Brücke eine Ausstellung „Wasserkränze und Wasserport“ statt. Die

Ausstellung wird in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Heilbronn veranstaltet, die ebenfalls anlässlich der Eröffnung der ersten Teilstrecke des Neckarkanals von Mannheim bis Heilbronn mit einer Reihe von Veranstaltungen an die Desfontainesfeier tritt.

Neue Siedlungen. Wie vom Städt. Nachrichtenamt mitgeteilt wird, wurden in den letzten Wochen in Zuffenhausen, Zogenhausen und Hedelfingen 72 neue, vom Städt. Hochbauamt erstellte Einfamilienwohnungen bezogen.

Jäger im Dienste des W. H. B. Entsprechend einer Aufforderung des Reichsjägermeisters an die deutsche Jägerschaft, sich am Winterhilfswerk zu beteiligen und die Jagderträge der Woche vom 9.-15. Dezember dem Winterhilfswerk zur Verfügung zu stellen, damit durch Wildbretspenden in den Weihnachtstagen den notleidenden Volksgenossen eine Freude bereitet werden kann, hat der württ. Landesjägermeister durch eine Bekanntmachung an die württ. Jäger die Erwartung ausgesprochen, daß die württ. Jägerschaft dem Wunsche ihres Reichsjägermeisters entspricht und auch bei diesem Hilfswerk an der Spitze der deutschen Jäger marschiert.

Im Ruhestand. Dr. phil. Ernst Allen, Erster Syndikus der Industrie- und Handelskammer Stuttgart und geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Württ. Industrie- und Handelstags, ist auf seinen Antrag in den Ruhestand versetzt worden. Als seinen Nachfolger hat der Vorsitzende der Industrie- und Handelskammer Dr. jur. Paul Bürger bestellt.

Stuttgart, 18. Nov. (Acht Personen verletzt.) Ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Lastkraftwagen fand in Untertürkheim statt. Der Unfall war so heftig, daß an dem Straßenbahnwagen der Führerstand weggerissen wurde. Auch der Lastkraftwagen wurde stark beschädigt. Verletzt wurden bei dem Vorfall vier Fahrgäste der Straßenbahn und vier Insassen des Lastkraftwagens, die SA-Männer sind. Sie erlitten nur unbedeutende Prellungen und Schnittwunden.

Erhängen, 18. Nov. (Zwei Tote.) Donnerstag nachmittag stürzte beim Strohholen in der Scheuer der 13jährige Sohn Otto des Christian Bort in Berenberg infolge eines Fehltritts zirka acht Meter ab. Er erlitt einen Oberschenkelbruch und schwere innere Verletzungen, denen er erlag. — Vor einigen Tagen fiel das fünfjährige Söhnchen des Bauern Wilhelm Frank, Keiserhaus, in einen Kessel mit heißem Wasser. Die erlittenen Verletzungen waren so schwer, daß das Kind am Freitag gestorben ist.

Erhängen, 18. Nov. (Tödl. Verunglückt.) Auf der Sigmaringer Straße geriet der ledige Herrmann Fuß mit seinem Motorrad ins Schleudern und fuhr mit voller Wucht gegen einen Baum. Er erlitt dabei schwere Verletzungen, denen er erlag.

Hohenstaufen, 18. Nov. (Abschied.) Bürgermeister Abele, der während einer Reihe von Jahren die Geschicke der hiesigen Gemeinde leitete, nahm von hier Abschied. In festlichem Zug und mehreren blumengeschmückten Chaisengepannen und Autos wurde der Scheidende nach seinem neuen Wirkungsort, der Kreispsflege Göppingen, begleitet.

Ummenhofen, 18. Nov. (Zu Tode gestürzt.) Der 56 Jahre alte Bauer Christian Dietrich stürzte in seiner Scheuer vom etwa 10 Meter hohen Oberling auf den betonierten Scheunenboden ab. Eine vollständige Zertrümmerung der Schädeldecke hat den sofortigen Tod herbeigeführt.

Nagold, 17. Nov. (Tödl. überfahren.) Am Freitag vormittag wurde in der Hatterbacherstraße vor der Gewerbestadt die 12jährige Tochter des Christ. Seeger von dem Lastwagenzug eines Fuhrunternehmens tödlich überfahren.

Schwenningen, 17. Nov. (Todesfall.) Infolge eines Herzschlages verschied im Alter von 65 Jahren Oberlehrer Karl Henke. Der Verstorbene, der als 30jähriger Lehrer hierher kam, war auch auf dem Gebiete des Vereinslebens, der Politik und der Schriftstellerei tätig.

Biberach, 17. Nov. (Vom Tod überrascht.) Der etwa 60 Jahre alte Josef Gleinzer von Birkendorf befand sich mit seiner Frau im Jordanwald beim Holzsameln. Hierbei erlitt er, wohl infolge Ueberanstrengung, einen Herzschlag, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte.

Urelau-Wissen, 17. Nov. (Brand.) Am Freitag brach im Hofe des Landwirts Platner Feuer aus, dem der ganze Hof, Wohngebäude und Scheune in anderthalb Stunden zum Opfer fiel. Da in dem Hofe noch keine elektrische Leitung gelegt ist, kann als Brandursache nicht, wie üblich, Kurzschluß, sondern nur Brandstiftung oder Fahrlässigkeit in Betracht kommen.

Mittelhafen, 17. Nov. (Taufe im herzoglichen Hause.) Am Donnerstag fand in der Pfarr-

Kirche die Taufe der vierten Tochter des Herzogs Philipp Albrecht statt. Ein einfacher, vornehmer Blumenstolz zierte den Hochaltar. Der Bischof von Rottenburg nahm den feierlichen Akt der Taufe vor und gab dem Kinde den Namen Maria Theresia. Zu der Feier im engsten Familienkreise erschienen auch die frühere Königin Charlotte, die ihren derzeitigen Wohnsitz im Schloß Bebenhausen hat.

Ulm, 17. Nov. (Kirchenjubel.) Die katholische Garnisonskirche feierte am Sonntag das 30jährige Bestehen des Gotteshauses. Gleichzeitig mit der Einweihung der Kirche erfolgte vor 30 Jahren auch die Gründung einer eigenen katholischen Militärkirchengemeinde. Zur Jubiläumsfeier erschien Bischof Dr. Sproll. Vormittags war eine Pontifikalmesse, an der die Kommandeure und die katholischen Soldaten des Standorts teilnahmen. Nachmittags fand für die kath. Militärgemeinde des Standorts eine Familienfeier statt.

### Die Metzger und die Fleischpreise

Auf einem Obermeistertag des Bezirksvereins Württemberg im Deutschen Fleischerverband, der am 14. November in Stuttgart abgehalten wurde, teilte Obermeister Bayer-Stuttgart mit, die brennendste Frage des Metzgergewerbes sei gegenwärtig die behördlicherseits verhängte Zurücknahme der Fleisch- und Wurstpreise auf den früheren Stand. Ihre Lösung werde diese Frage in allerhöchster Zeit finden, und zwar durch eine Änderung auf Seiten des Einkaufs, d. h. Festsetzung der Verkaufspreise bedingt Festsetzung der Einkaufspreise. In der folgenden Aussprache wurde herausgestellt, daß Bürgermeister- und Parteistellen kein Recht haben, sich in die Fleisch- und Wurstpreisfestsetzung einzumischen; maßgebend und zuständig in dieser Frage sei allein die Regierung. Sollten von anderer Seite Eingriffe verübt werden, so seien diese Stellen an das Büro des Bezirksvereins zu verweisen. Verschiedene Obermeister nahmen dagegen Stellung, daß die Landwirte die auf dem Stuttgarter Schlachtviehmarkt erzielten Preise als Stallpreise ansehen, was sie niemals sein könnten. Zum Schluß betonte der Vorsitzende, es könne keinem Stand zugemutet werden, mit Verlust zu arbeiten.

### Der Sport vom Sonntag

Pflichtspiele der süddeutschen Gauklasse

Gau Württemberg: Stuttgarter SC. — SV. Feuerbach 2:2, Spfr. Stuttgart — VfB. Stuttgart 2:2, Spfr. Ehingen gegen Stuttgarter Kickers 1:2, Ulmer FC. 94 — SpV. Göppingen 0:1. Gau Baden: VfR. Mannheim — SV. Waldhof 1:2, FC. Freiburg — FC. Pforzheim 2:1, VfB. Mühlburg — FC. 08 Mannheim 3:1.

Gau Bayern: Bayern München — Schwaben Augsburg 2:3, Bader München — USC. Nürnberg 0:2, FC. Augsburg gegen 1. FC. Nürnberg 3:3, SpVgg. Fürt — Jahn Regensburg 1:0, SpVgg. Weiden — FC. 08 Schweinfurt 3:2.

Gau Südwest: Borussia Neunkirchen — FC. Frankfurt 1:0, Kickers Offenbach — Phoenix Ludwigshafen 1:1, Wormatia Worms — Spfr. Saardrücken 4:2, Eintracht Frankfurt — FK. Pirmasens 0:0.

Württembergische Bezirksklasse

Abteilung Unterland: SpV. Heilbronn 06 — FC. Kornwestheim ausgefallen, VfB. Ludwigsburg — FC. Zuffenhausen 1:3, Germania Bietigheim — SpV. Neckarjulin ausgefallen, VfB. Sonthofen — SpVgg. Brag 2:2.

Abteilung Stuttgart: SpVgg. Bad Cannstatt — FC. Mettingen 8:0, TSV. Münster — TSV. Vaihingen 2:2, SpVgg. Untertürkheim — FC. Badnang 1:0, MTV. Stuttgart — SpV. Wimmenden 6:2.

Abteilung Hohenzollern: FC. Nürtingen — FC. Hechingen 6:0, FC. Ehingen — FC. Tullingen 1:3, Spfr. Tübingen gegen SpV. Neßingen 5:0, SpVgg. Truchtelfingen — TG. Walingen 3:1.

Abteilung Schwarzwald: SC. Schwenningen — SpVgg. Freudenstadt 1:1, SpV. Spaichingen — VfR. Schwenningen 1:1, FC. Kottweil — FC. Tuttlingen 3:1, Kickers Lauterbach — SpVgg. Troßingen 3:3.

Abteilung Bodensee: Olympia Laupheim — Wacker Biberach 5:1, VfL. Lindau — VfB. Friedrichshafen 1:3, FC. Wangen gegen FC. Ravensburg 3:0, FC. Lindenberg — FC. Weingarten 0:1.

Abteilung Alb: FC. Geislingen — Normannia Gmünd 1:0.

Städtespiel:

Hamburg — Berlin 4:1.

Übungs spiel:

Heilbronner Bezirksklasse (DFB-Kurs) — Union Bödingen 1:5.

Ueber Süddeutschland liegt immer noch Tiefdruck, während sich bei Irland ein schwaches Hochdruckgebiet zeigt. Für Dienstag ist zwar zeitweilig aufheiterndes, aber unbeständiges Wetter zu erwarten.

Veranstaltung und Betrag: Buchdruckerei und Zeitungsverlag Wildbader Tagblatt Wildbader Tagblatt, Wildbad 1, Schwabmühl (Zsh. Ed. Gsch) 98 10, 34, 75

### Aus amtlichen Bekanntgaben der Deutschen Arbeitsfront.

Unterstützung bei Krankheit. Anträge auf Krankheitsunterstützung sind möglichst jeweils sofort bei Beginn der Krankheit bei der Verwaltungsstelle Neuenbürg, Turnstr. 37, zu stellen. Anträge, welche später als 7 Tage nach Beendigung der Krankheit gestellt werden, können nicht mehr berücksichtigt werden. — Alle Unterstützungsanträge sind bei der Verwaltungsstelle Neuenbürg zu stellen. Bei der Antragstellung sind mitzubringen:

Bei Erwerbslosigkeit: Mitgliedsbuch, Stempelfarte und eine Bescheinigung über den zuletzt bezogenen Verdienst. Bei Krankheit: Mitgliedsbuch, eine Bescheinigung der Krankenkasse, desgleichen vom behandelnden Arzt.

Bei Invaliden- und Altersunterstützung: Mitgliedsbuch und Rentenbescheid.

Beitragseinzug bei der Ortsgruppe Wildbad. Zur Zeit werden die Beiträge für Monat November und soweit rückständig, auch für Monat Oktober eingezogen. Diejenigen Volksgenossen, die der DAF. angehören und bei der Beitragseinziehung nicht erfasst worden sind, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, sich bei der Ortsgruppenleitung zu melden. Von den bei der Stadtgemeinde Wildbad und beim Städt. Forstamt beschäftigten Volksgenossen wird der DAF.-Beitrag ab Monat November betriebsweise eingezogen und abgeführt. Der restliche Beitrag vom Monat Oktober muß von obengenannten Mitgliedern umgehend an Ortsgruppenkassenwart Leopold, Rennbachstr. 14, gezahlt werden, der täglich in der Zeit von 5 bis 7 Uhr abends Neuaufnahmen, Meldungen und Zahlungen entgegennimmt.

Das beste Werbemittel für Ihr Geschäft ist eine Anzeige im Wildbader Tagblatt

# Pfaff

## Nähmaschinen

bestes deutsches Fabrikat zum Sticken und Stopfen bei bequemer Ratenzahlung

Carl Tubach jun. / Tel. 437

Spendet für das Winterhilfswerk des deutschen Volkes 1934-35

Für den Gau Württemberg-Hohenzollern bestimmte Spenden sind zu richten an Postcheckkonto Stuttgart Nr. 103 und Girokonto der Württ. Landesparfasse Nr. 4600.

Ein ausichtsreiches Angebot bedarf der vorhergehenden Ankündigung durch ein Inserat

